

Parlamentarischer Vorstoss

2022/317

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	Prämienschock 2023: Welche zusätzliche Belastung droht der Baselbieter Bevölkerung?
Urheber/in:	Ronja Jansen
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	19. Mai 2022
Dringlichkeit:	—

Die Krankenkassenprämien werden nach einer Verschnaufphase für das nächste Jahr wieder stark angestiegen. Im Kanton Basel-Landschaft werden Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen schon heute stark belastet. Im kommenden Jahr droht sich dadurch die Situation zusätzlich zu verschärfen. So warnt der Schweizer Krankenkassenverband santésuisse für das Jahr 2023 vor einem Prämienanstieg von über 10%.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund rechnet vor, dass die aktuelle Teuerung von über 2% und der bevorstehende Prämienschock die finanzielle Belastung für eine Familie mit zwei berufstätigen Elternteilen und zwei Kindern stark erhöhen dürfte. So drohen einer entsprechenden Familie Reallohneinbusse von über 2200 Franken und ein zusätzlicher Kaufkraftverlust von 1100 Franken durch die steigenden Krankenkassenprämien.

Der Kanton Basellandschaft darf sich diesen Entwicklungen nicht verschliessen und sollte frühzeitig auf den drohenden Kaufkraftverlust reagieren.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch wäre die finanzielle Mehrbelastung für die Einwohner*innen des Kanton Basel-Landschaft im Falle einer Erhöhung der Krankenkassenprämien um 10%?
(als aggregierten Gesamtbetrag für den Kanton und als Anstieg der Prämienbelastung in Prozent des verfügbaren Einkommens)
 2. Wie hoch wären die Kosten einer Erhöhung der Prämienverbilligungen, die eine Mehrbelastung aller Haushalte verhindert, welche heute mehr als 10% ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden?
(für die Szenarien eines Anstiegs der Krankenkassenprämien um 5%, 8% und 10%)
 3. Teilt der Regierungsrat die Sorge um die Kaufkraft und die Reallohneinbusse der Baselbieter Bevölkerung und die Auswirkungen auf Kleinbetriebe und Gewerbe?
-

4. Befürwortet der Regierungsrat eine Erhöhung der Prämienverbilligungen im Falle eines Prämienanstieg von 5-10%? Falls Ja, in welcher Grössenordnung?